

Haushaltsrede der SPD-Fraktionsvorsitzenden Katja Bär zum Haushaltsentwurf der Stadt Bad Dürkheim für 2010 gehalten in der Stadtratssitzung vom 16. März 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Uns liegt heute der zweite doppische Haushalt zur Beschlussfassung vor und wir werden gewiss noch einige Jahre benötigen, um uns souverän im Ergebnis- und Finanzhaushalt und zwischen den Produkten zu bewegen. Daher möchte ich zunächst der Verwaltung, allen voran Herrn Winkel und Herrn Lindenblatt danken, nicht nur für die Erstellung des Haushaltes, sondern vor allem auch für Ihre Geduld, die sie während der Beratungen im Ausschuss und in Einzelgesprächen mit uns ehrenamtlichen Stadträten an den Tag gelegt haben.

Ich begrüße es sehr, dass sich der Ältestenrat nochmals mit der Darstellung des Haushalts beschäftigen wird. Es muss möglich sein, den Haushalt wieder transparenter aber zugleich in verkürzter Form und konzentriert darzustellen. Die Gefahr ist sonst groß, dass man sich in Details verliert und das große Ganze nicht mehr sieht, bzw. den wirklichen Gestaltungsspielraum nicht mehr erkennt.

Dass unser Ergebnishaushalt nach der Umstellung auf die Doppik und in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht mehr ausgeglichen sein wird, damit haben wir alle gerechnet, trotzdem trifft uns der Rückgang der Steuereinnahmen und die Erhöhungen bei den Finanzumlagen brutal. Da ist es auch wenig tröstend zu wissen, dass wir im Vergleich zu anderen Gemeinden noch immer gut da stehen. Gar nicht davon zu sprechen, was passieren wird, wenn die Bundes-FDP ihre Steuersenkungspläne doch noch durchsetzen kann. Hier ist nicht nur zu hoffen, dass es nicht nur der CDU bald gelingt, dem schärfer entgegenzutreten, sondern auch dass die Kommunalpolitiker der FDP endlich an ihre Vorsitzenden appellieren, denn sie wissen, wie sich das auf die Gemeinden auswirken wird.

Im Teilhaushalt Kultur ist erfreulich, dass wir alle Maßnahmen wie in den vergangenen Jahren in vollem Umfang weiter fördern können. In diesem Stadtrat ist es Konsens geworden, dass unsere freiwilligen Leistungen ein bedeutender Beitrag zur Aus- und Weiterbildung darstellen und uns wettbewerbsfähig machen. Mit Ihnen nehmen wir auch als Stadt unsere gesellschaftliche Verantwortung wahr. Dank unserer Musikschule, der

Offenen Werkstatt und der hohen Kinder- und Jugendpartizipation in den Sportvereinen sind für Familien attraktiv und leisten einen bedeutenden Anteil zu Chancengleichheit. Es war im Hauptausschuss schon herauszuhören, dass wir alle Produkte prüfen werden müssen und über Einsparungen oder die Erhöhung von Gebühren nachdenken müssen. Für meine Fraktion – und ich hoffe auch für die anderen Fraktionen – ist es entscheidend, dass auch finanziell schlechter gestellte Familien an allen Kultur- und Bildungsangeboten uneingeschränkt teilhaben können. Sollte es zu einer Gebührenerhöhung kommen, so müssen wir dabei die Lage bedürftiger Familien im Auge behalten und darüber nachdenken, ob wir nicht mit einem Sozialpass, oder besser Familienpass gegensteuern.

Ein Wort zur Musikschule: In den vergangenen Jahren wurden für Stundendeputate unter zehn Stunden vermehrt Honorarkräfte eingesetzt. Das heißt, dass diese Lehrer nur noch für die gehaltene Unterrichtsstunde bezahlt werden und Urlaub oder Krankheit nicht eingeplant sind. Für die Lehrer ist das sehr problematisch, denn sie können sich nur mit einer Vielzahl solcher Stellen, Auftritten und Privatunterricht über Wasser halten, was das für Rente und ähnliches bedeutet, kann man sich vorstellen. Die Stadt spart damit zwar Geld, aber diese Lehrkräfte können sich natürlich auch nicht mehr für die Musikschule engagieren, wie tarifliche Angestellte. Eine Musikschule ist aber mehr als nur gehaltene Unterrichtsstunden – das Zusammenspielen in Gruppen, Orchestern, das Engagement in Wettbewerben, all das erfordert das Engagement der Lehrer auch in ihrer Freizeit. Eine Honorarkraft, die sehen muss, wie sie so etwas banales wie eine vierzehntägige Grippe finanziert, kann sich das schlicht nicht mehr leisten. Warum erzähle ich das: ein paar Honorarkraftstellen sind für eine Schule zu verkraften. Aber wir müssen aufpassen, dass wir 2010 nicht auch noch größere Stellen mit hohem Deputat an Honorarkräfte aufteilen. Zwei Lehrerinnen mit größerem Stundendeputat werden meines Wissens in diesem Jahr noch die Musikschule verlassen. Eine Schule, die mehr ist als Vermittlung von Unterricht, lebt aber vom Engagement ihrer Lehrerinnen und Lehrer, wir sollten uns also hüten diese Kernstellen auf Honorarbasis umzubauen oder zu zerstückeln, auch wenn die Einsparung verlockend sein mögen, wir würden damit einen großen Schaden anrichten.

Bürgerschaftliches Engagement derer, die in unserer Stadt leben, ist die Grundlage für eine Kommunalpolitik, die sich nicht am Einzelinteresse, sondern am Wohl der Bevölkerung orientiert und die Entscheidungsprozesse transparent und verständlich macht. Hier sind wir in Bad Dürkheim reich beschenkt und es ist ein Glück, wieviele Dürkheimer sich in unseren Vereinen gesellschaftlich engagieren. In diesem

Zusammenhang ist die Arbeit des Dürkheimer Tafel-Teams positiv hervorzuheben. Seit fünf Jahren unterstützt die Tafel bedürftige Menschen, zu denen neben Hartz IV Beziehern leider mittlerweile auch Rentner oder Alleinerziehende mit geringem Einkommen gehören, mit Lebensmitteln. Angesichts der Beleidigungen, die sich auch unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die im Hartz-IV-Bezug stehen, in den letzten Wochen gefallen lassen mussten, möchte ich diesen in meiner Haushaltsrede unsere Solidarität ausdrücken. Menschen, die nach zum Teil langen und harten Arbeitsjahren von Hartz-IV abhängig geworden sind, aus niederen Gründen pauschal zu beleidigen, dazu braucht es keinen Schneid, sondern eine gehörige Portion Realitätsverlust. Über 500 Menschen, davon 325 Dürkheimerinnen und Dürkheimer sind auf die Hilfe der Tafel angewiesen. Wir haben uns im Sozialausschuss regelmäßig über die Situation der Tafel erkundigt und in den ersten vier Jahren war zu hören, dass die Tafel keine städtische Unterstützung brauche und auch nicht wolle. Nun war jedoch in der Rheinpfalz¹ zu lesen, dass die Tafel SOS signalisiert habe, da die Aufgaben auf 20.000 Euro im Jahr gestiegen sind. Rund sieben Prozent davon, also 1400 € sind Energiekosten. Es wäre eine schöne Geste, die auch das Engagement der ehrenamtlichen Helfer belohnen würde, wenn der Stadtrat, die Stadtwerke Bad Dürkheim bitten würde zu prüfen, ob diese Energiekosten nicht zumindest teilweise erlassen werden können. Für die Werke wäre das eine Sympathiewerbung, die bei den Dürkheimern bestimmt noch sympathischer ankommt als das Sponsoring beispielsweise der Eisbahn, wobei es sich um deutlich höhere Summen handelt. Der Stadtrat möge die Werke beauftragen, dies zu prüfen und die Frage im nächsten Aufsichtsrat zu behandeln.

In der Stadtentwicklung sind wir 2010 weiterhin sehr aktiv und investieren erneut über 3,5 Millionen.

Unsere größte Investition ist der Gradierbau, dazu kann ich mich kurz fassen. Als wir der Übernahme des Gradierbaus in städtisches Eigentum mit einstimmiger Mehrheit zugestimmt haben, so ist dies auf der Basis erfolgt, dass das großzügigige Geldgeschenk des Landes zweckgebunden für den Gradierbau eingesetzt werden sollte, wir haben damals errechnet, dass mit dem Geld jährlich Zinsen erwirtschaftet werden können, die die Unterhaltskosten fast ganz decken. Das Geschenk des Landes ging nun aus mehreren Gründen nicht zweckgebunden in den Haushalt ein, sondern hat sich vielmehr darin aufgelöst. Die Aufgabe, den Unterhalt auch für die kommenden Generationen sicher zu

1 22.2.1010. SOS-Signalvom Tafel-Team

stellen bleibt bei uns, die wir den Gradierbau angenommen haben. Darüber wird noch zu sprechen sein.

Mit dem Gradierbau ist auch das Dürkheimer Jahrhundertprojekt der Kurparkerweiterung verkettet. In meiner letzten Haushaltsrede habe ich gesagt, dass meine Fraktion sich freut, dass die Öffentlichkeit in die Planung einbezogen werden soll. Vom Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit sind wir bisher jedoch enttäuscht. Dass wir ein Jahr nach dem Aufruf zur Bürgerbeteiligung noch immer keine Informationen zu den Anregungen oder Gedanken der Bürger haben ist enttäuschend. Gerade deshalb, weil wir die Projekte Gradierbau und Wasser im Kurpark bereits auf den Weg gebracht haben, die meiner Meinung nach untrennbar mit einem Gesamtkonzept in Zusammenhang stehen. So ergibt sich leider Stückwerk und das ganze Vorgehen ist nicht befriedigend, wenn wir auch die Einzelmaßnahmen sehr begrüßen.

Angesichts der Kredite, die wir in diesem Jahr aufnehmen müssen, rückt das Baugebiet Fronhof II nochmal in ein anderes Licht. Meine Fraktion war von Anfang an skeptisch, ob Bad Dürkheim wirklich nochmal ein so großes Neubaugebiet benötigt. Mit der Planung eines Baugebietes dieser Größe stellen wir uns in Gegensatz zu allen Entwicklungen in Land und Bund, die der Innen vor der Außenentwicklung Vorrang einräumen. Und dies bei deutlich zurückgehender Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz. Meine Fraktion hat bereits zu Aufnahme des Projektes Fronhof II darauf hingewiesen, dass wir der Ausführung des Projektes schwer zustimmen können. Wir haben zwar gesagt, dass wir uns der Vorplanung nicht entgegenstellen, aber es verdichtet sich nun das Gefühl, dass die Erweiterung des Fronhofs nicht unseren Vorstellungen einer ökologischen, ökonomischen und sozial nachhaltigen Siedlungsentwicklung entspricht. Wir werden die Beurteilung durch die Naturschutzverbände und andere öffentliche Beteiligte noch mit abwarten, aber es zeichnet sich ab, dass wir uns auch mit Blick auf die geänderte Haushaltslage schwer tun werden, einer Kreditaufnahme zur Erschließung des Gebietes zuzustimmen.

Angesichts der Bevölkerungsentwicklung wird es höchste Zeit, dass sich in Bad Dürkheim auch alternative Wohnformen wie ein Mehrgenerationenwohnprojekt durchsetzen. Weder im Bereich betreutes Wohnen, noch im Bereich Mehrgenerationenwohnen oder alternativer Wohnprojekte gibt es bisher städtische Ansätze. Der Bedarf ist zweifelsohne vorhanden, und nur eine Vielfalt der Angebote macht unsere Städte hier zukunftssicher. Der Blick geht dabei wie sie wissen auf den Michelsberg.

Leider muss ich auch in diesem Jahr auch wieder ein Wort zum Pfalzmuseum für Naturkunde verlieren, ich würde es uns auch gerne ersparen. Als die SPD das Projekt vor mehr als zwei Jahren sowohl in der Bau- als auch in der Kostenplanung einen Skandal nannte, bekamen wir gehörige Schelte. Skandal dürften wir das nicht nennen. Zweieinhalb Jahre später und wir warten immer noch voller Spannung auf die Endabrechnung. Skandal darf ich ja nicht sagen – damit fehlen mir dazu die Worte.

Ich komme zum Teilhaushalt Soziales

Familienfreundlichkeit und Chancengleichheit sind zwei der wichtigsten gesellschaftlichen Ziele der sozialdemokratischen Kommunalpolitik. Dazu ist ein ausreichendes Angebot an Kindergartenplätzen und ein Ganztagsbetreuungsangebot auch im Kindergartenalter wichtig. Für alle zweijährigen Kinder, die ab 1. August 2010 den dann geltenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wahrnehmen, werden die Kindergartenbeiträge vom Land übernommen. Hier können wir nicht nur auf die Landesregierung stolz sein, sondern auch auf uns, denn mit großer Einmütigkeit in Rat und Verwaltung wird im Kindertagesstättenbereich dem Bedarf entsprechend gehandelt. Probleme gibt es noch mit der Betreuung der unter Zweijährigen und zu Zeiten außerhalb der Kindergartenöffnungszeiten – vor allem für Alleinerziehende ist es schwer das Geld für einen Krippenplatz aufzubringen oder eine Betreuung in den Ferien zu finden. Gerade die Situation der Alleinerziehenden dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Hier leistet unsere Beratungsstelle für Alleinerziehende hervorragende Arbeit, die auch in Zukunft uneingeschränkte Förderung verdient.

Unser Modellprojekt „Soziale Stadt Trift“, soll dem demografischen Wandel zumindest in einem Stadtteil Rechnung tragen. Die Ziele, des Projektes: möglich zu machen, dass man auch im Alter in seinem Quartier wohnen bleiben kann und den Dialog zwischen Generationen und Kulturen zu fördern, sind bedeutende gesellschaftliche Aufgaben, die in der Trift nur ihren Anfang haben können. Zur Zeit konzentriert sich alles, was im Projekt geschieht auf die Begegnungsstätte das so genannte „Mehrgenerationenhaus“. Wir haben bereits in den Haushaltsberatungen beanstandet, dass für 2010 noch kein Geld für den Umbau des Mehrgenerationenhauses eingestellt wurde. Hier muss dringendst der Eingangsbereich barrierefrei gestaltet werden, denn es macht keinen Sinn, Jung und Alt zum Kaffee zu laden, wenn bereits die Eingangstreppe Älteren aber auch jungen mit Handikap den Zugang verwehrt. Hier wurde zwar bereits zugesagt, dass nach

Berechnung der Zuschüsse der städtische Anteil am Umbau in den Nachtragshaushalt aufgenommen werden soll, aber es entstand nicht der Eindruck, dass das Projekt für das Bauamt oberste Priorität hat. Diese sollte es aber haben, denn die Bürger der Trift haben zur Zeit nicht das Gefühl, dass die Stadt sich für die Soziale Stadt Trift ein Bein ausreist. Sie sehen zwar die Aktivitäten der städtischen Partner wie evangelische Kirche und Verein für Familienförderung, aber sie erwarten mit Recht auch von städtischer Seite sichtbare Signale. Wir stellen daher den Antrag, dem Umbau des Mehrgenerationenhauses oberste Priorität zu geben und bitten um einen entsprechenden Bericht im kommenden Bauausschuss.

Bis zu den Haushaltsberatungen sind wir ebenfalls davon ausgegangen, dass die Sozialarbeiterstelle zur Wohnumfeldgestaltung, mit der bisher der ehemalige Quartiersmanager betraut war, mit einer Neueinstellung weitergeht. Notwendig ist es, denn hier warten noch unzählige Anträge – hunderte, wenn ich mich nicht irre – auf Bearbeitung. Mit der Beratung von Mietschuldnern und der Unterstützung beim Stellen von Anträgen auf Sozialleistungen wurde eine wertvolle Arbeit geleistet, die sich nicht zuletzt auch für die Stadt auszahlte, da wieder mehr Mieter städtischer Wohnungen in der Lage waren ihre Miete zu bezahlen. Bisher sind wir davon ausgegangen, dass die Stadt die Stelle nach Ablauf der Förderung verstetigt. Dass diese Stelle nun nicht wieder besetzt werden soll kam überraschend und war auch den Mitgliedern des Sozialausschusses so noch nicht bekannt. Wir stellen daher den Antrag zu prüfen, wie diese Stelle doch wieder besetzt werden kann und bitten dies als Tagesordnungspunkt im kommenden Sozialausschuss aufzunehmen.

Ich komme zum Schluss

Wir danken allen Beschäftigten der Verwaltung und der Stadtwerke für ihre in diesem Jahr geleistete Arbeit. Aber auch den ehrenamtlichen sei ein herzliches Dankeschön gesagt, deren Arbeit für das Gemeindeleben immer essentieller wird.

Sehr geehrter Herr Lutz, sehr geehrte Damen und Herren,
ich habe heute vor allem abweichende Meinungen der SPD-Fraktion thematisiert, denn einiges würden wir in der Tat ganz anders machen, wenn wir die Mehrheit hätte. Die SPD-Stadtratsfraktion stimmt der vorliegenden Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan zu.

Antrag 1:

Die Stadtwerke Bad Dürkheim mögen prüfen, ob die Energiekosten der Dürkheimer Tafel ganz oder teilweise erlassen werden können und die Frage im nächsten Aufsichtsrat behandeln.

Antrag 2:

Dem Umbau des Mehrgenerationenhauses soll oberste Priorität eingeräumt werden. Über die Fortschritte soll im nächsten Bau- und Entwicklungsausschuss berichtet werden.

Antrag 3:

Die Verwaltung möge prüfen, wie die Sozialarbeiterstelle „Wohnumfeldverbesserung“ in der Trift Ost wieder besetzt werden kann oder die Arbeit anderweitig fortgeführt werden kann und den Punkt auf die Tagesordnung des kommenden Sozialausschusses zu nehmen.